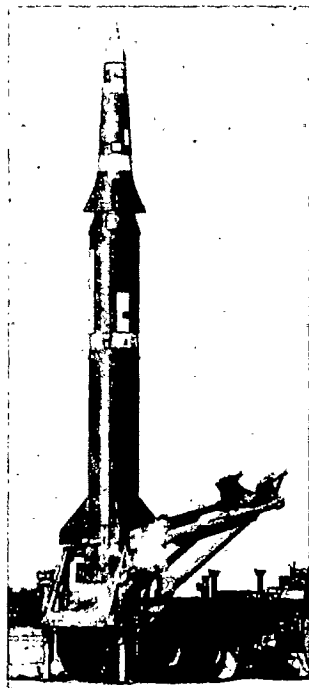


Neue Kurzstreckenwaffen würden der Nato schaden

Neue taktische Raketen mit einer Reichweite von fast 500 Kilometern würden die konventionelle Verteidigung der Nato „ernsthaft schwächen“. Nach Meinung des Harvard-Forschers David Blair würde die von Washington und London gegen Bonner Widerstand forcierte Beschaffung solcher Waffen nämlich die Vorteile zunichte machen, die der Westen mit dem 1988 vereinbarten Abbau aller landgestützten Mittelstreckenwaffen (INF) erzielt hat. Der INF-Vertrag sollte dem Warschauer Pakt vor allem die Möglichkeit nehmen, mit immer zielgenaueren weitreichenden Raketen einen konventionellen Erstschlag gegen überlebenswichtige Einrichtungen der West-Allianz zu führen. Würden die Sowjets den westlichen Plänen für eine Präzisionsrakete knapp unterhalb



Pershing 2

der 500-Kilometer-Reichweite folgen, hätten sie genau diese Fähigkeit zurückgewonnen. Flugplätze und Luftverteidigungsradars im Westen sind zudem gegen Überraschungsschläge präzisionsgesteuerter konventioneller Waffen mit Reichweiten von mehr als 200 Kilometern weitaus empfindlicher als die von der Nato mit derartigen Systemen anvisierten Warschauer-Pakt-Ziele: Führungszentren und Panzersammlungen. Um diese zerstören zu können, müßten „taktische 450-Kilometer-Raketen der Nato Atomsprengköpfe erhalten“, sagt Blair. Damit jedoch würde die Atomschwelle gesenkt statt erhöht. Deswegen – so Blair – sollte man den INF-Vertrag derart ergänzen, daß er auch Raketen von 250 bis 499 Kilometern Reichweite verbietet.

USA: Ratlos über Nicaragua

Die Entscheidung der fünf mittelamerikanischen Staatsschefs, innerhalb von 90 Tagen einen Plan für die Auflösung von Stützpunkten der antisandinistischen Contras in Honduras vorzulegen – im Gegenzug versprach Nicaraguas Staatschef Daniel Ortega die Freilassung inhaftierter Gardisten des Diktators Anastasio Somoza sowie Demokratisierung –, hat die US-

Regierung überrumpelt. Zwar hatte Präsident George Bush bereits angekündigt, auf Militärhilfe für die Rebellen zu verzichten, die Contras selbst wollte er aber als Faustpfand für künftigen Druck auf Managua einstweilen erhalten. Daß sich die Mittelamerikaner jetzt ohne US-Mitwirkung einigten, hat sich Bush selbst zuzuschreiben. Seit Monaten haben die US-Verbündeten in El Salvador, Costa Rica, Guatemala und Honduras vergebens auf Signale für eine künftige Mittelamerikapolitik der USA gewartet. Bislang hat die Bush-Regierung noch nicht einmal einen neuen Staatssekretär für Lateinamerikafragen benannt. Noch unmittelbar vor seiner Blitzreise zu den europäischen Nato-Verbündeten hatte Außenminister James Baker seinen Amtskollegen aus Honduras und Costa Rica erklärt, die Vereinigten Staaten benötigten mehr Zeit. Zugleich versicherte Baker jedoch, er werde eine friedliche Lösung unterstützen. Daß die fünf Staatsschefs Baker so wörtlich genommen haben, ist den Bush-Strategen nun auch wieder nicht recht.



Nicaraguas Präsident Ortega

Firmenboom in Polen

Mit Jahresbeginn trat in Polen ein neues Firmengesetz in Kraft, das die Gründung privater Betriebe erleichtert. Die Folge: Vor den lokalen Registrierbehörden stehen Tausende Polen Schlange, die sich eine Zukunft als Unternehmer versprechen. In den ersten drei Wochen, so ermittelte die Warschauer Wirtschaftszeitung „Zycie Gospodarcze“, wurden rund 15 000 neue private Betriebe angemeldet – in manchen Regionen machen die Neugründungen 15 Prozent aller bisher registrierten Privatfirmen aus. Ganz vorn stehen Unternehmen für Güter- und Personentransport, Bau- und Installationsfirmen, Schuster- und Schneiderwerkstätten und der mobile Handel. Doch auch für ein Puppentheater und eine Fernsehstation, für ein Bordell (in der ostpolnischen Provinzstadt Zamość), Geldwechselstuben, Pfandleihanstalten und den Dienstleistungsbetrieb eines „Alkoholzustellers“ (in den trockenen Stunden,

wenn die staatlichen Monopolläden geschlossen sind) wurden Anträge eingereicht – die dürften freilich kaum Chancen haben.

Erfolg der Telefon-Karten

Die Zeit der qualvollen Suche nach einem unbeschädigten öffentlichen Telefon scheint in Frankreich bald beendet. Immer mehr Franzosen rufen mit Chipkarten, immer weniger mit Münzen an. Da in den Chipkarten-Apparaten kein Geld zu finden ist, lassen Räuber die 170 000 öffentlichen Kabinen zunehmend unbehelligt. Waren 1985, als nur mit Kleingeld ferngesprachen werden konnte, ständig 12 Prozent der Apparate aufgebrochen und unbenutzbar,



Karten-Telephon in Frankreich

sind es jetzt nur noch 2,5 Prozent. Die französische Post schätzt, daß sie damit in den vergangenen zwei Jahren 25 Millionen Franc Reparaturkosten gespart hat. Nun soll die Umstellung auf Karten-Telefone mit Gebrauchsanweisung auf Kleinbildschirmen neben der Tastatur beschleunigt werden. 1985 gab es 8000, Ende 1988 etwa 43 000 „cabines à cartes“, bis zum Ende dieses Jahres sollen es 57 000 sein. Im vergangenen Jahr kauften die Franzosen an Postschaltern und in Tabakläden 27 Millionen Telefon-Karten.